Diskussion

Juliane Lang und Christopher Fritzsche

Backlash, neoreaktionäre Politiken oder Antifeminismus? Forschende Perspektiven auf aktuelle Debatten um Geschlecht

Gegenwärtig ist verschiedentlich die Rede von einer »Regression« oder »Retraditionalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse« (Baumann 2017; Geiselberger 2017), die vielerorts als »Rechtsruck« beschrieben wird. Als Teil dieser Entwicklung lassen sich lauter werdende Rufe gegen eine fortschreitende Liberalisierung traditionell heteronormativer Geschlechterverhältnisse lesen: Angriffe gegen Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik gepaart mit Anwürfen gegen die als »unwissenschaftlich« diffamierten Geschlechterstudien (Frey et al. 2014); hoch moralisierende Argumentationsmuster rechter und konservativer Parteien in den parlamentarischen Debatten um die sog. Abtreibungsparagraphen 218 und 219 (Bähr 2018); Online-Petitionen und gezielte Kampagnen einzelner Akteure gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften und gegen den Einbezug des Themas Sexuelle Vielfalts in die Bildungspläne der Länder (Majic 2018). Die Akteurskonstellationen überschreiten dabei soziale und politische Milieugrenzen – der Wunsch nach traditionellen gesellschaftlichen (Geschlechter-)Verhältnissen scheint das sie einende Moment (Lang/Peters 2018).

Angesichts der zunehmend unübersichtlich werdenden Akteurslandschaft, aber auch der Häufigkeit, Intensität und Bandbreite von Angriffen stellt sich die Frage nach geeigneten Analysekonzepten, die erklären, warum sich die Kategorie Geschlecht aktuell derart im Zentrum populistischer Kritik befindet. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung zum Themenfeld Rechtsruck und Geschlecht erweist sich bislang als heterogen und eher in Suchbewegungen verfangen, denn einig in gemeinsamen Konzepten und Begriffen. In der politikwissenschaftlichen Rechtsextremismusforschung spielt die Bedeutung vergeschlechtlicher Aspekte der Untersuchungsgegenstände bisher eine untergeordnete Rolle. Geschlecht

wird hier tendenziell entweder auf eine Kategorie der Einstellungsforschung reduziert oder lediglich als ein Diskriminierungsmerkmal unter anderen diskutiert (vgl. exemplarisch Minkenberg 2015). Ähnliches gilt auch für sozialwissenschaftliche Ansätze wie etwa Heitmeyers Konzept der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« (Heitmeyer 2012). Forschungsperspektiven an der Schnittstelle von Geschlechter- und Rechtsextremismusforschung existieren zwar seit den späten 1980er Jahren, fristeten jedoch eher ein Schattendasein mit kurzen zwischenzeitlichen Aufmerksamkeitskonjunkturen (Bitzan 2016). Aktuelle Forschungsarbeiten aus der Geschlechterforschung selbst verwenden derweil unterschiedliche begriffliche Konzepte zur Analyse der eingangs umrissenen Phänomene. Einige Forscher*innen nutzen Begriffe wie »Antifeminismus« oder »Familialismus« (Kemper / Aigner 2012; Kemper 2014), andere verwenden angelehnt an die Begriffsverwendung im Feld die Bezeichnung »Anti-Genderismus« (Hark/Villa 2015; Kuhar/Patternotte 2017; kritisch hierzu: Scheele 2016). Wieder andere beziehen sich auf das Konzept des antifeministischen »Backlash« (Faludi 1991; Möller 1999).

Vor diesem Hintergrund verstehen wir den Begriff der »neoreaktionären Politiken« als einen weiteren Vorschlag, die eingangs genannten politischen Phänomene zu fassen und den Untersuchungsgegenstand zu klären. Jedoch existiert bislang weder eine einheitliche Definition noch eine konsistente Verwendungsweise des Begriffs. Vielmehr lassen seine uneindeutigen begriffsgeschichtlichen Implikationen und die unklare Verwendung ihn als analytisches Instrumentarium ungeeignet erscheinen. Wir schlagen demgegenüber einen analytisch breiter angelegten Begriff organisiert antifeministischer Politiken vor, der weite Teile der oben skizzierten Entwicklungen klarer benennt als es der Begriff des »Neoreaktionären« vermag.

1. Kritische Anmerkungen zum Begriff »Neoreaktionäre Politiken«

Das Adjektiv neoreaktionär verweist auf die Wortschöpfung Neoreaktion. Diese bezieht sich in ihrem Kern auf das Phänomen der politischen Reaktion und gibt vor, es in seinen aktuellen Ausprägungen zu beschreiben oder genuin neue Entwicklungen herauszustellen. Unser Problem mit dem Konzept Neoreaktion beginnt damit, dass bereits das Konzept Reaktione uneindeutig ist. Als politischer Begriff taucht die Bezeichnung Reaktione 1734 erstmals bei Montesqieu auf, der damit eine gesellschaftliche Kraft

in der klassischen römischen Republik bezeichnet, die im Zusammenspiel mit anderen das Gleichgewicht des Staates garantiert. Allgemein hingegen wird Reaktion mit dem 19. Jahrhundert verbunden und meint hier sowohl den Widerstand der französischen Monarchisten gegen die Jakobiner während der französischen Revolution ab 1789 als auch die Zeit der Restauration nach der deutschen Märzrevolution von 1848. In diesem Zeitraum entstand das politische Gegensatzpaar Revolution – Reaktion in Anlehnung an die naturwissenschaftlich gedachte Denkfigur Aktion – Reaktion. Aus der beispielsweise in der Physik verwendeten Vorstellung eines Kräftegleichgewichts ist in der politisierten Version ein Entweder – Oder geworden. Dennoch bleibt ein Teil der früheren Bedeutung erhalten, da sich der politische Begriff weiterhin reaktiv auf vorausgegangene Entwicklungen bezieht. In diesem Sinne bezeichnete er im 19. Jahrhundert das Agieren unterschiedlicher politischer Kräfte und war nicht an ein spezifisches Programm gebunden (Kondylis 1984, 181).

Diesem begriffsgeschichtlichen Hintergrund ist es geschuldet, dass der Begriff bis in die Gegenwart in seiner Anwendung erklärungsbedürftig bleibt. Wenn er auch umgangssprachlich (laut Duden) eine fortschrittsfeindliche Haltung zu beschreiben scheint, so ist zu bestimmen, wodurch sich diese auszeichnet und wogegen sie sich wendet. Des Weiteren stellt sich die Frage, wie sich die Bezeichnungen ›konservativ‹ und ›reaktionär‹ voneinander abgrenzen lassen. Beides lässt sich nicht gleichsetzen. Eine (idealtypisch) konservative Haltung erkennt die Errungenschaften gesellschaftlichen Fortschritts an, wehrt sich aber gegen dessen Beschleunigung (Puhle 1989, 400; Birsl 1994, 31). Die reaktionäre Position hingegen will das Erreichte zurücknehmen (Jessen 2014). Zwischen konservativen und reaktionären Positionen gibt es geteilte Bezugspunkte, die wiederum von der Neuen Rechten als einer Bewegung im Brückenspektrum zwischen extremer Rechter und Konservatismus gezielt weiter ausgebaut werden (Gessenharter 1989). Dennoch ist es sinnvoll, die begriffliche Trennung zwischen konservativen und reaktionären Ideen aufrechtzuerhalten, solange die unterschiedliche Haltung zur Frage des gesellschaftlichen Fortschritts (Akzeptanz oder Rücknahme) als »Scheidelinie« zwischen beiden Kräften fungiert (Waldraff 1953, 37).

Neben der uneinheitlichen Konzeption des Begriffes ›neoreaktionär‹ wird seine Aussagekraft zusätzlich dadurch verringert, dass er in der Praxis unterschiedliche Anwendung findet. So existiert die Bezeichnung ›Neoreaktionäre‹ (néoréactionnaires) in Frankreich seit etwa 2003 als Sammelbegriff für Intellektuelle, die zentrale republikanische Werte in Frage stellen. Veit betont am Beispiel der Philosophen André Glucksmann und Alain

Finkielkraut deren frühere Verwurzelung im linken Lager (Veit 2006), während Schilk den Begriff auch zur Bezeichnung extremer Rechter wie Alain Soral und Renaud Camus verwendet (Schilk 2017). Mittlerweile fungiert der Begriff ebenfalls als Selbstbezeichnung und umfasst ein unübersichtliches Spektrum aus Schriftsteller/innen, Journalist/innen und Wissenschaftler/innen.¹ Ihnen gemein ist ein kulturpessimistischer Blick auf den vermeintlichen Niedergang der französischen Nation, wie ihn Éric Zemmour in »Der französische Suizid« oder Michel Houellebecq in »Unterwerfung« beschreiben. Beide Autoren machen für diese Tendenz eine verfehlte Einwanderungspolitik und die um sich greifende Individualisierung der Gesellschaft im Zuge der Globalisierung verantwortlich. Dabei greifen die französischen Neoreaktionären auf Denkfiguren zurück, die etwa Alain de Benoist oder Jean-Yves Le Gallou als Vertreter der Nouvelle Droite bereits Ende der Siebziger Jahre entwickelten (Greß / Jaschke / Schönekäs 1990). Dies zeigt deutlich, wie wenig neu das Denken der Neoreaktionären tatsächlich ist. Zugleich verweist dies auf die selbstgewählte Tradition im Bezug neuer rechter Akteure auf Vordenker der Nouvelle Droite, wie sich auch in der deutschen Neuen Rechten beobachten lässt (Mantino 1992, 160 ff.)

Außerhalb des französischen Kontextes wird der Begriff neoreaktionär zudem als Selbstbezeichnung einer weiteren rechten Bewegung gebraucht, was seine Verwendung zusätzlich verkompliziert. Das sich im us-amerikanischen Silicon Valley entwickelnde Projekt der »Neoreaction« (Nrx) strebt ausgehend von einer Kritik der europäischen Aufklärung eine dystopische Zukunftsvision an, die durch Ideen eines beschleunigten Kapitalismus, der eugenischen Selektion von Menschen und des autoritären Regierens gekennzeichnet ist (Siemons 2017). Auch wenn diese Variante der Neoreaktion noch ein Internetphänomen mit begrenzter politischer Reichweite ist, lässt sich an ihr eine weitere Schwäche des Begriffes neoreaktionär« festmachen. Diese Bewegung, die Träume von einem monarchistisch geführten Staat der Unternehmer und der biotechnischen Modifikation von Menschen (Stichwort: Transhumanismus) in sich vereint, zeichnet sich gerade durch ein Zusammentreffen traditionalistischer und

Was die geschlechtliche Benennung von Personen angeht, bewegen wir uns in einem Spannungsfeld: Das Konzept des Gendersterns begegnet dem Ausschluss von Frauen, Trans- und Intersexuellen im generischen Maskulinum als sprachliche Alternative. Gleichzeitig setzen wir uns mit Antifeminist/innen auseinander, die sich selbst in einem streng zweigeschlechtlichen System verorten. Wir berücksichtigen dies in unterschiedlichen Formen des sprachlichen Genderns: dem Schrägstrich sowie dem Genderstern (vgl. Lang/Peters 2018, 12).

extrem futuristischer Impulse aus. Dieser besondere Wesenszug lässt sich mit einem allein auf ihren reaktionären Charakter fokussierten Analysebegriff nicht fassen.

Die größte Schwierigkeit für die Verwendung des Begriffes reaktionär im Kontext der Geschlechterforschung bleibt für uns weiterhin, dass er eine eher metapolitische Haltung beschreibt, die keinen direkten Bezug zu geschlechtspolitischen Fragen aufweist. Alle zu untersuchenden spezifischen Praktiken und Zielvorstellungen müssen zunächst einmal theoretisch mit einem konkreten Begriff der Reaktion verbunden werden. Diese Schwierigkeiten übertragen sich auf die Beschreibung von Politiken als neoreaktionäre. Die Bezeichnung erklärt sich ebenfalls nicht aus sich selbst heraus, sondern wird erst relational verständlich. Sie impliziert, es gebe neue Erscheinungsformen oder Varianten des Reaktionären. Diese Behauptung ist irreführend, da reaktionäre Phänomene stets einen konkreten Zeitbezug aufweisen und an sozio-politische Kontexte gebunden sind. Sie sind deshalb nie vollständig miteinander identisch, was eine zusätzliche Betonung des vermeintlich Neuen überflüssig macht.

2. Plädoyer für einen analytischen Antifeminismus-Begriff

Aufgrund konzeptioneller Schwächen des Begriffs ›neoreaktionär‹ schlagen wir vor, zur Untersuchung anti-emanzipatorischer Phänomene und Einstellungen im Bereich der Geschlechterpolitik den Sammelbegriff ›Antifeminismus‹ zu verwenden. Als analytischer Strukturbegriff² gedacht, verweist dieser auf einen Begriff von Feminismus als logischen Bezugspunkt, der nicht identisch ist mit den im Feld verwendeten politischen Begriffen und Eigenbezeichnungen, sondern sich über normative Kriterien definiert. Dementsprechend ist weder die pejorative Fremdbezeichnung noch die eigene Verortung als ›Antifeminist‹ oder ›Antifeministii‹ in der politischen Debatte ausschlaggebend für die analytische Beschreibung – sondern eine den Grundgedanken eines analytischen Feminismusbegriffs entgegenstehende Verortung im gesellschaftlichen und politischen Diskurs.

Unsere Fassung des analytischen Strukturbegriffs orientiert sich an den Arbeiten der Historikerin Helga Grebing (Grebing 1974). Dieses Verständnis ist nicht identisch mit der beispielsweise in der Politikwissenschaft üblichen Unterscheidung von analytischen und normativen Begriffen. Der hier verwendete analytische Strukturbegriff definiert sich gerade über normative Elemente.

Als Orientierungspunkt dafür bietet sich ein weit gefasster, herrschaftskritischer Feminismusbegriff an, wie ihn Kurz-Scherf in Anlehnung an die kritische feministische Theorie formuliert hat. Die Zentralkategorie des Feminismus ist hier nicht Geschlecht, sondern Herrschaft und Emanzipation (Kurz-Scherf 2002, 44). Der Feminismus zielt in seinem Emanzipationsbestreben grundsätzlich auf die Aufhebung aller Ungleichheitsverhältnisse und setzt sich in seinen historischen Ausformungen für gesellschaftspolitische Liberalisierung sowie für eine Entnormierung der Geschlechterverhältnisse ein. Dabei existieren Überschneidungen mit antikapitalistischen, antirassistischen, postkolonialen und queerfeministischen Bewegungen. Im Rahmen einer solchen normativen Fassung des Begriffes ist auch anzuerkennen, dass Feminismen in ihren konkreten politischen Ausformungen Leerstellen oder Widersprüche aufweisen und selbst diskriminierende Formen annehmen können. So war und ist dem Feminismus westlicher Prägung ein feministischer Orientalismus eigen, der das ›arabische‹ oder ›muslimische‹ Patriarchat als negative Kontrastfolie zum eigenen Emanzipationsmodell imaginiert und konstruiert (Dietze 2009). Dabei kommt es zu einer Ethnisierung von Sexismus, bei der das rassistische und koloniale Erbe des westlichen Feminismus de-thematisiert wird. Trotz dieser Defizite und Konfliktlinien ist ein analytischer, normativ gedachter Feminismusbegriff unverzichtbar - nicht zuletzt um der pejorativen Verwendung des Begriffs in aktuellen Deutungskämpfen eine analytische Perspektive entgegen zu setzen.

Im Gegensatz zum Feminismus-Begriff ist Antifeminismus eine auf konkrete historische Prozesse der Emanzipation reagierende weltanschauliche Bewegung, der es um die Gegnerschaft zu oben benannten Prozessen der gesellschaftspolitischen Liberalisierung und Entnormierung von Geschlechterverhältnissen geht sowie um die Aufrechterhaltung heteronormativer Herrschaftsverhältnisse. Antifeminismus ist jedoch nicht aus sich heraus anti-modern, sondern argumentiert für eine andere Moderne, einen Gegenwartsbezug, der in der Rede vom »Backlash« zum Verschwinden gebracht wird. Die Denkfigur des Backlash suggeriert eine fortschrittliche gesellschaftliche Entwicklung als Normalfall, der durch rückwärtsgewandte Gegenbewegungen gestört werde. Dies lässt außer Acht, dass sich gesellschaftliche Prozesse weder linear noch monokausal vollziehen, vielmehr finden vielfältige Aushandlungen statt, die beständig uneindeutige Konstellationen produzieren und unterschiedliche Subjektpositionen entweder privilegieren oder abwerten.

Auch dem Begriff des »Anti-Genderismus« können wir uns aus mehreren Gründen nicht anschließen. Er ist generell zu hinterfragen, da er

eine von antifeministischen Akteuren selbst hervorgebrachte Eigenbezeichnung, also ein Kampf- und Feldbegriff ist. Eine Verwendung dieses Begriffes als Untersuchungskategorie wertet ihn auf und stärkt seine Verfechter/innen, ohne einen analytischen Mehrwert zu erbringen. Denn von seiner Logik her ist der Begriff widersprüchlich: Es geht den Antifeminist/innen nicht um eine rationale Auseinandersetzung mit dem Konzept Gender, sondern vielmehr um die affektbesetzte Abwehr eines von ihnen als omnipotent imaginierten »Genderismus« (Pohl 2011, 104). Das wissenschaftliche Aufgreifen des Begriffes legt nahe, es gebe einen solchen »Genderismus«, der allerdings nur als »Angstfantasie« in den Köpfen der Antifeminist/innen existiert (Scheele 2016, 3f.)

Die Diskussion um den Begriff des »Anti-Genderismus« verdeutlicht, dass Antifeminismus in jeweils zeitgenössischen Formationen mit spezifischen (geschlechter- und sexualitätsbezogenen) Themen auftritt (Mayrhofer/Schutzbach 2015). Mit Imke Schmincke begreifen wir die Opposition gegen einen vermeintlichen »Genderismus« daher als eine aktuelle Form des Antifeminismus (Schmincke 2018, 32 f.) Antifeministische Politiken sind wandlungsfähig und flexibel in ihrer Artikulation. Gleichzeitig ist die Aversion gegen den Einfluss feministischer Theorie und Praxis ein historisches Kontinuum, welches so alt ist wie der Feminismus selbst (vgl. Dohm 1902).

Gegenwärtig haben wir es politisch mit einem artikulationsstarken Spektrum zu tun, das eine Infragestellung traditioneller Geschlechterordnungen politisch und affektiv ablehnt und für eine Verteidigung des Status quo oder gar eine Retraditionalisierung eintritt. Antifeminismus ist (aktuell) der kleinste gemeinsame Nenner eines in sich heterogenen Akteursspektrums. Beim organisierten Antifeminismus handelt es sich um eine

Akteurskonstellation, die sich in organisierter Form – in expliziter Gegnerschaft zu einem von ihnen als omnipotent beschriebenen Feminismis positioniert und / oder sich in Diskussionen um familien-, geschlechter- und sexualitätsbezogene Themen heteronormativ gegen die Auspluralisierung sexueller, geschlechtlicher und familialer Lebensformen und eine damit einhergehende Anerkennung derselben in ihrer Vielfallt stellt (Lang / Peters 2018, 17).

Die Kategorie Geschlecht und die Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen polarisiert die Öffentlichkeit. Wurden die Debatten darum in der Vergangenheit noch als »post-ideologisch« beschrieben (Lütjen 2012), beobachten wir darin heute Elemente ideologischer Argumentationen. Mit Bezug auf Ilse Lenz lassen sich ideologisch aufgeladene antifeministische Haltungen von Positionen der »Feminismus- und Genderkri-

tik« unterscheiden (Lenz 2018, 21). Während letztgenannte sich inhaltlich mit Positionen des Feminismus und der Geschlechterforschung auseinandersetzen, leugnen antifeministische Argumentationen die weiterhin heteronormative Grundstruktur der Gesellschaft, sprechen feministischen Kritiken ihre Berechtigung ab und universalisieren die androzentrische Position. Spezifische Beobachtungen, die ihren Ursprung durchaus in der Feminismuskritik haben können, werden entkontextualisiert, verallgemeinert und somit verzerrt. Die ideologiekritische Perspektive untersucht deshalb für jeden Einzelfall den jeweiligen »Wahrheitskern« (Eagleton 1993, 19ff.), beispielsweise wenn ursprünglich feministische Positionen gegen die Genderforschung in Stellung gebracht werden. Diese kritische Auseinandersetzung kann dabei helfen, die antifeministische Position zu entmystifizieren und ihr politisch entgegenzutreten.

3. Forschungsperspektiven - Perspektiven von Forschenden

Als Forschende sind in wir in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingebunden. Wir sind Akteur*innen und im schlimmsten Fall Zielscheibe antifeministischer Angriffe gegen die Geschlechterforschung und kritische Gesellschaftswissenschaft. Die kampagnenförmigen Angriffe und die polemisch geführten Attacken gegen ein Zerrbild des Feminismus, der an die pejorativen Aufladungen des Begriffes im gesamtgesellschaftlichen Diskurs anknüpft, lassen Forschende aus unterschiedlichen Disziplinen nach analytischen Konzepten und Begriffen suchen, die das Phänomen zu begreifen vermögen. Insbesondere an der Schnittstelle von Rechtsextremismus- und Geschlechterforschung finden sich Versuche, geschlechtsspezifische Aspekte in ihrer Verschränkung mit rechten Haltungen analytisch zu fassen – allerdings mangelt es auch hier an begrifflicher Klarheit.

Hinzu kommt, dass die einzelnen Disziplinen wenig verbunden auf das Feld blicken. Insbesondere die beiden noch jungen Disziplinen der Rechtsextremismus- und Geschlechterforschung stehen nur punktuell im Austausch – dabei hat die feministische Rechtsextremismusforschung schon zu Beginn der 1990er Jahre auf die Notwendigkeit eines Zusammendenkens extrem rechter Einstellungen und Phänomene mit den diesen innewohnenden ideologischen Versatzstücken von Geschlecht und Geschlechterpolitiken verwiesen (Bitzan 2016). Die gegenwärtige gesellschaftliche und politische Situation bringt hier Bewegung ins Feld. Geschlecht und Geschlechterverhältnisse erfahren aktuell eine bisher nicht gekannte Sichtbarkeit im Untersuchungsfeld, d.h. Themen von geschlech-

terpolitischer Relevanz sind zentraler Bestandteil in Kampagnen konservativer und rechter Akteure geworden. Dies intensiviert die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit unterschiedlicher Perspektiven. Dabei geht es nicht nur um theoretische Neuerungen. Gerade weil die zu untersuchenden Akteure und ihr Denken in selbstgewählte ideengeschichtliche Begriffstraditionen und Kontinuitäten stellen, können auch bereits bestehende Analysekonzepte wichtige Impulse bieten. Erinnert sei in diesem Kontext exemplarisch an Rommelspachers Konzept der »Dominanzkultur« (Rommelspacher 1995), das gegenwärtig in der Auseinandersetzung mit antimuslimischem Rassismus³ aktualisiert wird (Attia/Köbsell/Prasad 2015). Geraten solche Befunde in Vergessenheit oder werden bewusst ignoriert, droht der Verlust wichtiger Erkenntnisse. Es geht also zunächst um die gegenseitige Wahrnehmung von Forschungsbeiträgen und -konzepten. Diese müssen unvoreingenommen auf ihren möglichen Beitrag zu gegenwärtigen Diskussionen befragt werden. Im nächsten Schritt stellt sich dann die Herausforderung, zusätzliche Analyseperspektiven zu integrieren. Besonderen Handlungsbedarf sehen wir in der Verbindung von Geschlechter- und Rechtsextremismusforschung mit der Forschung zu Rassismus und Antisemitismus (Lang/Peters 2018), um intersektionale Fragestellungen grundlegend bearbeiten zu können. Auch der von Botsch zuletzt formulierten Forderung, akteurszentrierte Perspektiven auf die (extreme) Rechte wieder stärker in politikwissenschaftliche Arbeiten zu integrieren, können wir uns in Bezug auf die Untersuchung antifeministischer Akteurskonstellationen anschließen (Botsch 2017).

Der Austausch zwischen den verschiedenen Teildisziplinen ist ein wichtiger Faktor, von dem die Forschung zu antifeministischen Phänomen profitieren kann. Darüber hinaus geht es unserer Ansicht jedoch auch um die Stärkung einer Forschungslandschaft, die den Feminismusbegriff explizit positiv aufgreift und verteidigt. Hier darf auch die vergleichsweise junge Geschlechterforschung Konflikte mit anderen wissenschaftlichen Disziplinen nicht scheuen. Gerade angesichts der Häufung unterschiedlicher Angriffe gegen feministische Wissenschaftler*innen kommt der selbstbewussten Behauptung des eigenen Erkenntnisinteresses große Bedeutung zu.

³ Zur detaillierten Diskussion des Begriffes etwa in Abgrenzung zu ›Islamophobie‹ vgl. Kahlweiß/Salzborn 2012.

4. Literatur

- Attia, Iman/Köbsell, Swantje/Prasad, Nivedita (2015): Dominanzkultur reloaded. Neue Texte zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen und ihren Wechselwirkungen. Bielefeld.
- Bauman, Zygmunt (2017): Retrotopia. Cambridge, UK.
- Bähr, Julia (2018): Straffrei, aber geächtet. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.2.2018.
 Birsl, Ursula (1994): Rechtsextremismus: weiblich männlich? Eine Fallstudie zu geschlechtsspezifischen Lebensverläufen, Handlungsspielräumen und Orientierungsweisen. Wiesbaden.
- Bitzan, Renate (2016): Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten In: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden, 325–373.
- Botsch, Gideon (2017): Rechtsextremismus als politische Praxis. Umrisse akteursorientierter Rechtsextremismusforschung In: Kopke, Christoph/Kühnel, Wolfgang (Hrsg): Demokratie, Freiheit, Sicherheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans Gerd Jaschke. Baden-Baden, 131–146.
- Dietze, Gabriele (2009): Okzidentalismuskritik. Möglichkeiten und Grenzen einer Forschungsperspektivierung In: Brunner, Claudia/Wenzel, Edith/Dietze, Gabriele (Hrsg): Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-) Orientalismus und Geschlecht. Bielefeld, 23–54.
- Dohm, Hedwig (1902): Die Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung. Berlin.
- Eagleton, Terry (1993): Ideologie: eine Einführung. Stuttgart.
- Faludi, Susan (1991): Backlash: The Undeclared War against American Women. New York.
- Frey, Regina/Gärtner, Marc/Köhnen, Manfred/Scheele, Sebastian (2014): Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse. http://www.gwiboell.de/sites/default/files/gender_wissenschaftlichkeit_und_ideologie_2aufl.pdf (28.3.2018).
- Geiselberger, Heinrich (2017): Die große Regression Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin.
- Gessenharter, Wolfgang (1989): Die Neue Rechtet als Scharnier zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik In: Eisfeld, Rainer/Kempner, Robert (Hrsg.): Gegen Barbarei: Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren. Frankfurt am Main, 424–52.
- Grebing, Helga (1974): Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus: eine Kritik. Stuttgart.
- Greß, Franz/Jaschke Hans-Gerd/Schönekäs, Klaus (1990): Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa: Bundesrepublik, Frankreich, Grossbritannien. Opladen.
- Hark, Sabine / Villa, Paula-Irene (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld.
- Heitmeyer, Wilhelm (2012): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin.
- Jessen, Jens (2014): Konservativ was ist das? In: Zeit, 27.08 2014.
- Kahlweiß, Luzie/Salzborn, Samuel (2012): ›Islamophobie‹. Zur konzeptionellen und empirischen Fragwürdigkeit einer umstrittenen Kategorie In: Botsch, Gideon/Glöckner, Olaf/Kopke, Christoph (Hrsg.): Islamophobie und Antisemitismus ein umstrittener Vergleich. Berlin, 51–64.

- Kemper, Andreas/Aigner Isolde (2012): Die Maskulisten: organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum. Münster.
- Kemper, Andreas (2014): Keimzelle der Nation. Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD. Berlin.
- Kondylis, Panajotis (1984): Reaktion: Restauration. In: Reinhardt / Conze, Werner / Brunner, Otto (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. 5, Pro So. Stuttgart, 179–230.
- Kováts, Esther/Põim, Maari (2015): Gender as a symbolic glue. Berlin.
- Kuhar, Roman/Patternotte David (2017): Anti-Gender Campaigns in Europe: Mobilizing against Equality. Lanham.
- Kurz-Scherf, Ingrid (2002): Geschlechterdemokratie und Feminismus. Zur Notwendigkeit einer herrschaftskritischen Reformulierung eines Leitbegriffs In: femina politica 11 [Nr. 2], 42–51.
- Lang, Juliane/Peters, Ulrich (2018): Antifeminismus in Deutschland. Einführung und Einordnung des Phänomens In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Hamburg, 13–35.
- Lenz, Ilse (2018): Von der Sorgearbeit bis #metoo: Aktuelle feministische Themen und Debatten in Deutschland In: Aus Politik und Zeitgeschichte 68 [Nr. 17], 20–27.
- Lütjen, Torben (2012): Ende der Ideologien? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.02.2012.
- Majic, Daniel (2018): Untergangsfantasien mit seriösem Anstrich. In: Frankfurter Rundschau, 16.01.2018.
- Mantino, Susanne (1992): Die »Neue Rechte« in der »Grauzone« zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus: eine systematische Analyse des Phänomens »Neue Rechte«. Frankfurt am Main.
- Maihofer, Andrea/Schutzbach, Franziska (2015): Vom Antifeminismus zum ›Anti-Genderismus‹. Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus.Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, 201–217.
- Minkenberg, Michael (2015): Transforming the transformation?: The East European radical right in the political process. Extremism and democracy. London and New York.
- Möller, Simon (1999): Sexual Correctness. Die Modernisierung antifeministischer Debatten in den Medien. Wiesbaden.
- Pohl, Rolf (2011): Männer das benachteiligte Geschlecht? Weiblichkeitsabwehr und Antifeminismus im Diskurs über die Krise der Männlichkeit In: Bereswill, Mechthild/Neuber, Anke (Hrsg.): In der Krise?: Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster. 104–135.
- Puhle, Hans Jürgen (1989): Konservatismus und Neo-Konservatismus: deutsche Entwicklungslinien seit 1945 In: Eisfeld, Rainer/Kempner, Robert (Hrsg.): Gegen Barbarei: Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren. Frankfurt am Main, 399–423.
- Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin.
- Scheele, Sebastian (2016): Von Antifeminismus zu Anti-Genderismus? Eine diskursive Verschiebung und ihre Hintergründe. www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/08/scheele_diskursive_verschiebung_antifeminismus.pdf (27.07.2018).
- Schmincke, Imke (2018): Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antigenderismus In: Aus Politik und Zeitgeschichte 68, Nr. 17, 28–33.

Schilk, Felix (2017): Neoreaktionäre im Klassenkampf. In: Jungle World. 10.05.2017.

Siemons, Mark (2017): Wenn Maschinen denken. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.04.2017.

Veit, Winfried (2006): Was bleibt vom französischen Modell? Berlin.

Waldraff, Felix (1953): Konservativ und reaktionär In: Gewerkschaftliche Monatshefte 01, 35–38.